► Fortsetzung von Seite 1

Fraktion spricht sich zudem für die Etablierung verbindlicher Standards und Quoten für den Einsatz kreislauffähiger Bauprodukte aus. Denn hochwertiges Recycling müsse von vornherein in Design und Architektur mitgedacht werden, heißt es in der Begründung des Antrags. Die Grünen regen in diesem Zusammenhang einen Dialog mit allen Stakeholdergruppen an, um die Arbeit an Positivlisten für besonders gut wiederverwendbare und recycelbare Baustoffe zu beginnen.

Weiterhin fordern die Grünen, dass rechtliche und planerische Hürden für den Einsatz von recyklierten Baustoffen untersucht werden. Beim Abbau dieser Hürden sollte der Grundsatz gelten, dass Primärrohstoffe und Sekundärrohstoffe die gleichen Standards und Qualitätsanforderungen hinsichtlich Gesundheits- und Umweltschutz erfüllen müssen.

Abgabe auf Primärbaustoffe

Um die Belastungen für die Umwelt realistisch abzubilden, fordern die Grünen von der Bundesregierung dabei die Einführung einer Abgabe auf Primärbaustoffe. Ziel dieser Abgabe sei es, die nachhaltige Nutzung von Sekundärbaustoffen zu stärken und damit die Naturentnahme und Inanspruchnahme von Primärbaustoffen zu minimieren. Wiederverwendung und Recycling von Baustoffen würden so attraktiver und damit Sekundärbaustoffe vermehrt eingesetzt.

Eine Primärrohstoffabgabe wirke dabei in doppelter Hinsicht gezielt – sowohl durch ihre Lenkungswirkung als auch die somit mögliche ökologische Mittelverwendung. Diese könne sich insbesondere in der Förderung einer flächendeckenden Verbreitung neuer umweltschonender Technologien niederschlagen. Zudem könnten bestehende Anlagentechniken nach ökologischen Kriterien verbessert werden, argumentieren die Grünen.

Außerdem fordern die Grünen in ihrem Antrag eine Pflicht zur Erstellung verbindlicher Konzepte zur Erfassung und Verwertung von Bodenaushub, Bauschutt und Abbruchabfällen – und zwar noch vor Erteilung der Baugenehmigung. So werde frühzeitig die Grundlage für hochwertiges und lokales Recycling geschaffen. Um ein hochwertiges Recycling auch für komplexe Stoffverbände aus dem Altbausegment zu ermöglichen, sei es außerdem erforderlich, Recyclingtechniken und -verfahren entsprechend der besten am Markt verfügbaren Technik zu fördern. Dadurch werde auch die Nachfrage für qualitätsgesicherte Sekundärrohstoffe gestärkt.

Abgrabungsmonitoring und digitales Urban-Mining-Kataster

Die Grünen merken weiter an, dass die Bauwende bereits in der Phase der Planung und des Entwurfs von neuen oder neu zu nutzenden Bauwerken beginnen müsse. Gebäude seien so zu gestalten,

dass die Nutzung anpassbar und Bauprodukte und -materialien hochwertig für eine weitere Nutzung im Hochbau wiederverwendet und recycelt werden können. Dabei spielten digitale Planungsinstrumente und Hilfsmittel eine zentrale Rolle.

Im ihrem Antrag fordern die Grünen die Bundesregierung daher auf, die Digitalisierung des Bausektors entschlossen zu fördern. So müsse in Deutschland ein flächendeckendes Abgrabungsmonitoring als Bestandteil der Raumplanung etabliert werden. Weiterhin spricht sich die Fraktion für ein digitales Urban-Mining-Kataster aus, um den gesamten Bestand an langlebigen Gütern im Bausektor zu erfassen. Auf diese Weise könnten möglichst früh künftige Stoffströme prognostiziert und bestmögliche Verwertungswege abgeleitet werden. Analog könne dies für „Landfill Mining“, also die Gewinnung von Wertstoffen aus Altdeponien, angewendet werden.

Ressourcenausweis für Gebäude

Teil der von den Grünen geforderten Bauwende ist es auch, den Abriss und das „Wegwerfen“ von Gebäudesubstanz zu vermeiden. Die Weiternutzung „grauer Energie“ im Bestand – also die für Herstellung, Transport, Lagerung, Verarbeitung der Baustoffe und für die Entsorgung benötigte Energie – müsse unterstützt werden. Die Fraktion fordert daher, dass das kürzlich erlassene Gebäudeenergiegesetz (GEG) zu einem Gebäuderessourcengesetz weiterentwickelt wird und dieses einen „Ressourcenausweis“ vorschreibt, der die graue Energie bilanziert und den gesamten Lebenszyklus von Bauten berücksichtigt. Laut Grünen-Antrag könnten durch einen solchen Ausweis gezielt Innovationen im Hinblick auf die Recycling- und Kreislauffähigkeit im Bauwesen unterstützt werden. Weiterhin soll im GEG dem Einsatz klimaschonender und lokal gewonnener Baustoffe ein Vorrang eingeräumt werden.

Auch in zwei anderen Regelwerken fordern die Grünen Änderungen. So sollten ihrer Ansicht nach bei einer Novellierung der Musterbauordnung Anforderungen an Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung zentral verankert werden. Dies sei von hohem rechtspraktischem und einem nicht gering zu schätzendem Signalwert. Ferner regen die Grünen an, dass Kosten, Energie- und Ressourcenaufwand für den Rückbau in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen verbindlich verankert werden, um so eine transparente Entscheidungsgrundlage mit Blick auf die eingesetzten und rückzubauenden Ressourcen für Bauherren zu schaffen.

Schließlich fordern die Grünen den Bund auf, seine eigene Selbstverpflichtung auszubauen und beispielgebend voranzugehen. So sollten Bundesbauten nur noch nach ökologischen und nachhaltigen Kriterien errichtet werden, und öffentliche Ausschreibungen sollten verbindliche Quoten für Rezyklate berücksichtigen. Im Rah-

Bundesregierung soll sich in EU für Recycling einsetzen

Die Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt (AGVU) fordert die Bundesregierung auf, den Ratsvorsitz in der EU für Aktivitäten im Bereich Recycling und Umwelt zu nutzen. Es müsse in diesen Bereichen deutlich verstärkte politische Initiativen geben, erklärte der Verband.

So vermisst die AGVU etwa eine Debatte zur sogenannten „EU-Plastiksteuer“. Für diese von den EU-Mitgliedstaaten zu leistende Abgabe auf nicht recycelte Kunststoffverpackungsabfälle sei kein europaweit einheitlicher Mechanismus, der zur Auslösung von Investitionen in der Lage ist, vereinbart worden. „Ziel muss es sein, das Kunststoffrecycling in Europa zu maximieren. Europa braucht einheitliche Rahmenbedingungen für recyclingfähigere Produkte, für bessere Aufbereitungstechnik und für den Einsatz von Recyclingmaterial“, so der AGVU-Vorsitzende Carl Dominik Klepper. „Ein Flickenteppich einzelstaatlicher Regulierungen, der sich mit der sogenannten EU-Plastiksteuer noch verstärken wird, ist nicht hilfreich“, sagte Klepper.

Auch müsse an weiteren Stellschrauben gedreht werden, um die Kreislaufwirtschaft in Europa nachhaltig in Schwung zu bringen. So bleibe der Einsatz von Kunststoffrezyklaten in Verpackungen und anderen Produkten hinter den Erwartungen zurück, weil Neuware billiger sei. Aus Sicht der AGVU müsste deshalb der Einsatz von Kunststoffrezyklaten in Produkten in bestimmtem Umfang vorgeschrieben werden. Die EU-Kommission erwäge zwar entsprechende Schritte, habe bisher aber keine Pläne vorgelegt. „Die deutsche Ratspräsidentschaft muss jetzt eine europaweite Debatte starten, wie Kunststoff-Recyclingmaterial viel stärker genutzt werden kann“, forderte Klepper.

Die Bundesregierung könne mit der Ratspräsidentschaft eigene Prioritäten und Akzente setzen. So würde ein beschleunigter Ausbau der Kreislaufwirtschaft neben der Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft auch die Chance auf eine langfristige Technologieführerschaft im Bereich der Verpackungs- und Recyclingtechnik bringen. □

men der Städtebauförderung und Gebäudeplanung gelte es, den Stoff- und Energieverbrauch im Lebenszyklus zu berücksichtigen. Um diesen zu senken, müsse ressourcenschonendes Bauen in Leichtbauweise mit dem Einsatz wiederverwendbarer und recyclingfähiger Baustoffe kombiniert werden. Auch der „Nicht-Bau“ müsse obligatorischer Bestandteil einer Alternativprüfung zum Neubau bei Bundesbauten sein.

Der Antrag der Grünen ist unter link.euwid.de/bauwende abrufbar. □